

Aufgabe:

Fügen Sie alle fehlenden Bindestriche und Kommas im unten stehenden Text ein.

---

## ***Google* will kein Spitzel sein**

*Google*-Gründer Sergey Brin hat vor Jahren einen Leitsatz für sein Unternehmen aufgestellt: "Do no evil" - tu nichts Böses. Das passte in der Frühzeit zum Robin Hood-Image der Suchmaschine: In erster Linie die Welt verändern und erst dann ans Geld denken. Böse ist es nach dem Diktum Brins etwa, Werbung über die Suchergebnisse zu legen oder die Trefferliste zu manipulieren. Noch schlimmer ist es laut Brins Philosophie das Vertrauen der Nutzer zu missbrauchen und beispielsweise Daten, welche die Internetsurfer geschützt glauben, den Behörden zu verraten.

Als milliardenschwerer Aktienkonzern holt *Google* nun jedoch die Realität ein. Der Branchenprimus unter den Suchmaschinen ist ins Visier der US Justiz geraten. Das Justizministerium will Kinder wirkungsvoller vor Pornographie im Internet schützen und ein entsprechendes Gesetz verschärfen. Dafür wollen die Beamten herausfinden, wie einfach Kinder im Netz pornografische Inhalte erreichen, ob Filterprogramme funktionieren und mit welchen Suchworten Pornoseiten gefunden werden. Um darüber genauere Erkenntnisse zu erhalten, fordert das Ministerium von *Google* die Herausgabe aller Suchanfragen, die zwischen Anfang Juni und Ende Juli 2005 eingegangen sind. Ausserdem soll das Unternehmen rund eine Million registrierter Internet-Adressen herausgeben welche das Ministerium in Stichproben durchsuchen will.

Die Konkurrenten *Yahoo*, *MSN* und das Internetportal *AOL* haben die angeforderten Listen bereits geliefert, bestätigte ein Sprecher des Justizministeriums. *Google* lehnt hingegen die Herausgabe der Daten strikt ab. Das Justizministerium hat nun vor einem Bundesgericht in San Jose, Kalifornien, auf die Herausgabe der Milliarden von Daten geklagt. "Wir werden uns heftig gegen den Antrag wehren" sagte eine der Anwältinnen von *Google*.

Technisch wäre die Kooperation mit dem Justizministerium für *Google* möglich. Alle Suchanfragen der Nutzer schlummern in riesigen Datenspeichern des Konzerns und werden dort teilweise bis zum Jahr 2038 aufbewahrt. Diese Speicherwut brachte *Google* bei Datenschützern und Nutzern bereits in Misskredit. Weil in den Protokollen so viele Informationen stecken, wird befürchtet, dass ein Rückschluss auf die Nutzer mühelos möglich ist. Durch eine Kombination

von Suchwörtern, Internetadressen und sogenannten Cookies, also Markierungsprogrammen liessen sich präzise Profile erstellen. Der Nutzer wird gläsern: Seine sexuellen, kommerziellen, religiösen oder politischen Vorlieben lassen sich zu einem Steckbrief zusammenführen. Man sieht im Datensammeln weniger Vor als Nachteile. *Google* kämpft nun um das Vertrauen der Internetgemeinde. Umso wichtiger ist es für den Konzern, der Justiz Widerstand zu leisten.

Dem Unternehmenswert schadete *Googles* Eintreten für den Schutz der Nutzerdaten: Nach Bekanntwerden der Auseinandersetzung mit dem Justizministerium am vergangenen Donnerstag verlor der Konzern innerhalb nur eines Tages elf Milliarden Dollar an Börsenwert. Zum ersten Mal seit November rutschte der Aktienkurs unter die 400 Dollar Marke.

nach Anette Dowideit in: Die Welt, 24. Januar 2006